
Familien: auch heute ein Zukunftsmodell

Perspektiven für die Familienpolitik

Wassilios E. Fthenakis

Einleitung

Der deutsche Soziologe René König (1946) hat bereits Mitte der vierziger Jahre auf Veränderungen im Familiensystem aufmerksam gemacht und seitdem versuchen deutsche Soziologen, dieses Phänomen mit Begriffen wie „Deinstitutionalisierung“, „Desintegration“ und „Desorganisation“ zu beschreiben.¹ Die Diskussion dauert noch an und wird durch Konzepte der „*Individualisierung*“, d. h. der Freisetzung der Individuen aus traditionellen Bindungen, darunter auch aus der Familie, der „*Pluralisierung*“, d. h. der Vervielfältigung von Lebensformen, und der „*Polarisierung*“ der Gesellschaft in einen Familiensektor (d. h. Heirat und Kinder) und einen Nichtfamiliensektor (Singles bzw. „*Living-apart-together*“) beschrieben. Die familienpsychologische und -soziologische Forschung hat in den letzten Jahren eine Fülle von Erkenntnissen bereitgestellt, die gegenwärtig eine erste, wenn auch vorsichtige Einschätzung der Situation erlauben bzw. uns veranlassen, neu über Familienentwicklung und Familienpolitik nachzudenken.

Dass ein Wandel in den Lebens- und Familienformen seit geraumer Zeit stattfindet, wird allgemein anerkannt. Die Meinungen gehen lediglich auseinander, in welche Richtung dieser Wandel geht und was in der weiteren Zu-

kunft stehen wird. In der gegenwärtigen Debatte lassen sich unterschiedliche Positionen zur Zukunft der Institution Familie ausmachen, die von der Auflösung der Institution „Ehe und Familie“ als Lebensform bis zu einem Bedeutungsgewinn durch institutionellen Wandel, etwa Konzentration auf die Kinder, reichen. Im Wesentlichen lassen sich drei Positionen im Umgang mit dieser Frage erkennen, die je nach Standpunkt zu unterschiedlichen Einschätzungen führen: (1) die *These der Deinstitutionalisierung*, d. h. des Zerfalls der Familie, impliziert den Verlust der Verbindlichkeit der Handlungsrichtung durch die Institution „Ehe und Familie“ und weist die These zurück, dass Ehe und Familie noch ein gesellschaftlich vorgegebenes und verpflichtendes Lebensmodell sei. (2) Den theoretischen Gegenpol zu diesem Konzept bietet die *These der institutionellen Anpassung*. Sie besagt, dass die Institution „Ehegatten-Familie“ einen Funktions- und Bedeutungswandel erfahren hat, der in Richtung emotional partner-schaftlicher Funktionen geht, was einen Verlust an institutionellem Gewicht mit sich bringt. (3) Die dritte Position ergänzt *das Konzept einer begrenzten Deinstitutionalisierung*, vertritt weniger konsequent die These von einem Bedeutungsverlust der Institution „Ehegatten-Familie“ und geht davon aus, dass ein solcher Bedeutungsverlust über eine verminderte Verhaltensnormierung und soziale Kontrolle sowie durch die eingeschränkte Wahl des Verhaltensmusters „Heirat und Kinder“ manifest wird.

Im ersten Teil dieses Beitrags wird auf den Wandel im System Familie eingegangen, um im Anschluss daran, im zweiten Teil, Perspektiven für eine zeitgemäße Familienpolitik zu entwickeln.

I. Wandel im System Familie

Wie bereits erwähnt dokumentiert die familienpsychologische und familiensoziologische Forschung seit geraumer Zeit einen tief greifenden Wandel im Familiensystem, der zudem eine Geschwindigkeit angenommen hat, der die Mitglieder einer Generation mit unterschiedlichen Veränderungen konfrontiert. Neben strukturellen und qualitativen werden in der letzten Zeit zunehmend Veränderungen im Familienentwicklungsprozess thematisiert. Einen weiteren Schwerpunkt bilden kontextuelle Veränderungen, die das System Familie beeinflussen.

I.1. Struktureller Wandel im System Familie

Familie unterliegt im Laufe der Geschichte sowohl hinsichtlich ihrer Struktur als auch ihrer Funktion einem permanenten Wandel. In der vorindustriellen Ära war das Familienleben als Haushalt organisiert, in dem neben den eigentlichen blutsverwandten Familienmitgliedern auch weitere Personen lebten (Bedienstete, Knechte, Mägde etc.). Ehen wurden aus ökonomischen Erwägungen heraus geschlossen, „um den Fortbestand und das Wachstum der Familie als Produktionseinheit zu gewährleisten“ (Schneewind, 1999)². Mit dem Übergang von einer agrarisch und handwerklich orientierten zu einer industriellen Gesellschaft veränderten sich die Lebensbedingungen, und dies führte zu grundlegenden strukturellen und funktionalen Veränderungen (auch) des Familienlebens. Industrialisierung und Urbanisierung führten für alle gesellschaftlichen Schichten der damaligen Zeit zu einer örtlichen Trennung von Arbeits- und Familienleben, was wiederum nicht nur eine Veränderung in der Ehemotivation, sondern auch eine Differenzierung der Rollen in „instrumentelle Rolle“ (ökonomische Sicherung der Familie) und „expressive Rol-

le“ (Kohäsion der Familie und Kindererziehung) mit sich brachte und zur Entwicklung der sog. „Kernfamilie“ führte. So entstand die bürgerliche Kleinfamilie, deren Hauptcharakteristika (a) eine Emotionalisierung und Intimisierung der Ehe und der Eltern-Kind-Beziehung, (b) eine Spezialisierung der Rollen, (c) eine Privatisierung des Familienlebens, die sich in einem relativ hohen Ausmaß an Nichteinmischung durch andere soziale Institutionen wie Berufswelt, Staat oder Kirchen zeigte, und schließlich (d) die Schaffung der Kindheit als besondere Phase in der individuellen Entwicklung waren. Seitdem etablierte sich die Kleinfamilie als das beständige Familienmodell, das auch Korrekturen erfuhr, etwa zugunsten der Rechte von Frauen, und zugleich eine erstaunliche Anpassungsfähigkeit an sich verändernde politische, ökonomische und soziale Bedingungen aufwies. In Deutschland war dieses Familienmodell bis 1970 das vorherrschende Paradigma familialer Organisation.

Bereits in den 60er Jahren und noch deutlicher in den 70er Jahren begann die Sozialforschung, sich mit den sich abzeichnenden Veränderungen in der Struktur der Familie und in der Qualität der Partner- und der Eltern-Kind-Beziehung zu befassen. Dies sei vorab gesagt: Die Zwei-Eltern-Familie mit Kindern ist derzeit noch das dominante Modell familialer Organisation. In den alten Bundesländern traf dies 1996 für 84,5 % der 15- bis 17-Jährigen und in den neuen Bundesländern für 78,8 % zu.³ Ähnliches gilt auch für die subjektive Einschätzung der Bedeutung der Familie. Dies darf allerdings nicht den Blick auf tief greifende Veränderungen verstellen, die sich seit geraumer Zeit beobachten lassen, wie sie etwa in den in der Sozialforschung verwendeten Indikatoren zum Ausdruck kommen: a) sinkende Heiratsneigung; b) späteres Erstheiratsalter; c) gewandelte Einstellung zur Ehe mit einem damit einhergehenden Verlust der Bedeutung der Institution Ehe;

d) Zunahme an nichtehelichen Lebensgemeinschaften; e) reduzierte Geburtenrate; f) steigende Kinderlosigkeit; g) steigende Scheidungsrate; h) Zunahme „allein“ erziehender Eltern i) und von Etablierung von Stieffamilien; j) verlängerte Lebenserwartung und nicht zuletzt k) das Leben als Single charakterisieren die Struktur partnerschaftlichen und familialen Zusammenlebens gegenwärtig. In den 90er Jahren waren es vor allem zwei der genannten Indikatoren, die den strukturellen Wandel am meisten beeinflusst haben: das Leben als Single und die nach wie vor steigende Scheidungsrate. Die (bewusst gewählte) Lebensform als Single gewinnt in den alten Bundesländern mehr und mehr an Bedeutung. Der Anteil der Ein-Personen-Haushalte stieg im Zeitraum zwischen 1950 und 1996 von 19,4 % auf 35,5 %. Es sind vor allem junge Leute, die diesen Lebensstil bevorzugen. Im selben Zeitraum gab es keine signifikanten Veränderungen für die Altersgruppe der 45-jährigen und älteren Personen. Allein zu leben bedeutet nicht immer das Fehlen einer intimen Partnerschaft. Die Organisation eines Lebensstils „Living-apart-together“ hat erheblich an Attraktivität, sowohl bei der jungen Generation als auch bei Geschiedenen, gewonnen. Dorbritz (1999) spricht in diesem Zusammenhang von einer Polarisierung der Bevölkerung in einen Familien- (Heirat und Kinder) und einen Nichtfamiliensektor (Singles bzw. „Living-apart-together“). Ihm zufolge verhält sich der Familiensektor zum Nichtfamiliensektor bei 30- bis 34-Jährigen 60 % zu 40 %, bei den 35- bis 45-Jährigen 70 % zu 30 %. Insgesamt bleiben 25 % der Bevölkerung lebenslang ledig. Es wird vermutet, dass „Living-apart-together“ dann gewählt wird, wenn nicht Elternschaft, sondern Partnerschaft das Hauptmotiv für die Beziehung ist. Bislang fehlt es jedoch an Studien, die uns über die Qualität und Stabilität dieser Lebensform informieren. Es ist der Frage nachzugehen, warum junge Männer und Frauen und in welcher Phase ihrer

individuellen und beruflichen Entwicklung sich von Ehe, nichtehelicher Lebensgemeinschaft und Familie fern halten und wie sich der weitere Lebenslauf gestaltet.

Die Scheidungsrate ist in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich weiter gestiegen. 1989 betrug die Anzahl der Scheidungen in den alten Bundesländern 20,4 pro 10 000 Einwohner (in der damaligen DDR: 30,1)⁴. 2004 wurden insgesamt 213 691 Ehen geschieden, davon 107 106 Ehen mit minderjährigen Kindern (50,1 %). Die Zahl der von der Scheidung betroffenen minderjährigen Kinder betrug 2004 168 859. Gegenüber dem Vorjahr (2003) kam es bei den Ehescheidungen zu einer Zunahme von 6,8 %. Dies ist seit 1988 der stärkste Zuwachs. Unter der Annahme einer zukünftig konstanten Scheidungsrate auf dem Niveau des Jahres 2004 würden ungefähr 44 % aller Ehen wieder geschieden. Vieles spricht also dafür, dass die Scheidungsrate in Deutschland auch in den kommenden Jahren (vor allem für partnerschaftlich motivierte Ehen) ansteigen wird. Dennoch nimmt Deutschland im europäischen Vergleich eine mittlere Position ein: Die Scheidungsrate in Dänemark beträgt 49 %, in Großbritannien 40 %, in Griechenland jedoch derzeit etwa 15 % und in Italien 12 %. Das Alter bei der Heirat, die Zahl der Kinder, regionale Bindung, Konfession, Bildungsstand, soziale Schichtzugehörigkeit stellen Faktoren dar, die mit der Auflösung einer Ehe zusammenhängen. Subjektive Scheidungsgründe sind z. B. unerfüllte Erwartungen, eheliche Entfremdung, Konflikte und Kommunikationsschwierigkeiten, sexuelle Probleme, Untreue sowie das Fehlen einer gemeinsamen Zukunftsperspektive. Soziologische Erklärungsansätze betrachten die Instabilität von Ehen als Konsequenz eines zunehmenden Liberalisierungs-, Pluralisierungs- und Individualisierungsprozesses in modernen Gesellschaften. Scheidungsstudien aus den 90er Jahren zeigen, dass in der Mehrheit der Scheidungsfamilien im Vorfeld keine aus-

gedehnte Periode offener und intensiver ehelicher Konflikte vorliegt,⁵ während andere Autoren darauf hinweisen, dass vermehrt Ehen aus Gründen geschieden werden, die mehr mit „persönlichem Wachstum“ als mit der Beendigung einer destruktiven Beziehung zu tun haben, was derzeit eine Neukonzeptualisierung des Scheidungsphänomens nahe legt, mit Konsequenzen, was die Qualität von Scheidungsinterventionsansätzen wie auch den (rechtlichen) Umgang mit diesem Phänomen betrifft.

Die Steigerung der durchschnittlichen Lebenserwartung in Verbindung mit einer verringerten Geburtenrate führt gegenwärtig zu einer demografischen Entwicklung nicht nur in Deutschland, sondern in Europa und allgemein in den westlichen Industriestaaten, die durch eine steigende vertikale und eine sinkende horizontale Komplexität der Familien gekennzeichnet ist. Im historischen Vergleich ist vor allem die Lebenserwartung der Frauen gestiegen. Heute dominieren die Großmütter, während früher die Großväter dominierten. Mütter werden zumeist um das 50. Lebensjahr herum Großmutter. Das heißt, dass die Phase der Großelternschaft im mittleren Lebensabschnitt beginnt und relativ lang andauert. Fast alle Kinder lernen heute ihre Großeltern kennen, viele von ihnen auch Angehörige der Generation der Urgroßeltern. Sie können Beziehungen zu ihnen während einer längeren Phase ihrer Kindheit, wenn nicht ihres Erwachsenenenseins entwickeln.

Sinkende Geburtenraten bedeuten innerhalb der Generationen weniger Seitenverwandte, weniger Geschwister, Onkel und Tanten. Für die Großeltern bedeuten sie insgesamt weniger Enkel, auf die sie Zeit und Zuwendung verteilen, m. a. W. eine Reduktion horizontaler Komplexität im gesellschaftlichen System.

Mit dem Gewinn an wirtschaftlicher Unabhängigkeit zwischen den Generationen stehen Macht- und Autoritätsfragen in der Mehr-Generationen-Familie weniger im Vor-

dergrund, stattdessen freundliche Zuwendung und Unterstützung bei Bedarf. Großeltern unterstützen Familien vor allem in Krisensituationen wie Trennung/Scheidung durch Betreuung von Kindern und materielle Zuwendungen. Das Bild der früheren Großfamilie unter einem Dach erscheint heute vielfach idealisiert und tatsächlich würden sich auch die Angehörigen der älteren Generation die damit verbundene wechselseitige Abhängigkeit nicht zurückwünschen. Die relativ zur Lebenszeit längere Phase der Großelternschaft und die relativ geringe Zahl von Enkeln ermöglichen enge Beziehungen zwischen Großeltern und Enkelkindern.

Die Bedeutung der Großelternschaft als zentrale Lebenserfahrung für den Einzelnen hat sich auch damit verändert. Außer der Möglichkeit der Tradierung von Wissen und Werten und einer als Gewinn erlebten Fortsetzung der Familie in die Zukunft eröffnet Großelternschaft die Möglichkeit, die eigene Vergangenheit als Kind, aber auch als Elternteil noch einmal zu reflektieren und, relativ frei von Erziehungsverantwortung, die Beziehung zu den Enkeln auf freiwilliger Basis zu gestalten. In 5-Generationen-Familien finden sich engere Beziehungen zwischen Urur- und Urgroßeltern mit Unterstützung der Älteren durch die Jüngeren, während sich die Großeltern eher ihren Kindern und Enkeln zuwenden. Großeltern übernehmen vor allem dann Betreuungs- und Erziehungsaufgaben bei den Enkeln, wenn dazu nicht die Eltern in ausreichendem Umfang verfügbar sind. Das betrifft unverheiratete und geschiedene allein erziehende Eltern. Nicht selten geschieht es, dass der Elternteil zeitweilig in den Haushalt der Großeltern zurückkehrt. Unterstützung bei der Betreuung der Kinder bedeutet auch für viele Mütter, ihrerseits erwerbstätig sein zu können. Vor allem Mütter mit geringem Einkommen erhalten häufiger Unterstützung durch ihre eigenen Mütter. Ansonsten sind Großeltern bevorzugte Kinderbetreuer bei alltäglichen Anlässen (Babysitter) bzw. bei ungünstigen Arbeitszeiten

der Eltern (Schichtarbeit) oder während der Ferien der Enkelkinder. Insgesamt wird Großelternschaft als sehr intensive Phase des familialen Engagements nach der eigenen „Empty-Nest-Phase“ der partnerschaftlichen bzw. familialen Entwicklung erfahren.

Bereits die letzten Ausführungen deuten auf qualitative Veränderungen im System Familie, auf die im Folgenden kurz eingegangen wird.

I.2. Qualitative Veränderungen im System Familie

Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang Veränderungen, die (a) die Ehemotivation, (b) den Status der Frauen in Familie und Gesellschaft, (c) die Neubewertung der Vaterrolle, (d) den Wert, den die Kinder für ihre Eltern haben, sowie (e) die Erziehungsvorstellungen und -praktiken betreffen. Es sind also auch qualitative Veränderungen psychologischer Art, die den familialen Wandel kennzeichnen. Die aktuelle Situation der Familie zieht einen Wechsel im Selbstverständnis des Familien- bzw. des Partnerschaftsmodells, im Selbstverständnis der Partner, in den Erziehungskonzepten der Eltern und in der Eltern-Kind-Beziehung nach sich.

(a) Veränderungen in der Motivation zur Ehe bzw. zur Partnerschaft

Von besonderer Bedeutung sind hier vor allem Veränderungen, die mit der Motivation zur Ehe bzw. zur Partnerschaft zusammenhängen. In den letzten 200 Jahren haben sich im Wesentlichen vier Ehemodelle bzw. Modelle des Zusammenlebens durchgesetzt: Zunächst diente die Ehe der rechtlichen Absicherung und Weitergabe von Besitz. Man heiratete deshalb nur, wenn man über Besitz verfügte. Familienrechtliche Fragen, wie wir sie heute kennen, wurden im Rahmen des Eigentumsrechts mitverhandelt. Inhaber

der elterlichen Sorge war der Eigentümer von Besitz, in der Regel der Vater. Als ab Mitte des 19. Jahrhunderts, infolge politischer, wirtschaftlicher und ökonomischer Veränderungen, Menschen durch außerhäusliche Arbeit zu Geld kamen, ohne über Besitz zu verfügen, musste dieses *ökonomisch-rechtliche Ehe-Modell* durch ein neues, das *institutionell-rechtliche Ehe-Modell*, ersetzt werden. Man heiratete nunmehr, um eine Familie zu gründen. Die Familie wurde als die „Keimzelle“ der Gesellschaft betrachtet. Diese institutionelle Orientierung in Hinblick auf die Ehe überließ die Entscheidung über die Partnerwahl nicht allein den Betroffenen: Eltern, Heiratsvermittler, der Staat, die Kirchen und andere hatten dabei ein gewichtiges, wenn nicht sogar das entscheidende Wort mitzureden. Das Gemeinsame an beiden Modellen war eine gut funktionierende, starke rechtliche und soziale Kontrolle von Ehe und Familie.

Nach dem Ersten und vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, als die gesellschaftlichen Systeme zusammenbrachen, wurde die Frage aufgeworfen, welchen Zielen die Familie nunmehr zu dienen habe. Hinzu kamen Veränderungen sowohl im sozialen Bereich als auch in den Partnerschaftskonzepten von Mann und Frau, die zu einer radikalen Veränderung bezüglich der Motivation zur Eheschließung führten: Nicht mehr primär ökonomische oder sozial-normative Gründe, sondern psychologische Faktoren waren nunmehr für eine Familiengründung entscheidend. Man heiratete, um ein Kind zu bekommen, das Mutter und Vater Freude bereiten und ihrem Leben einen Sinn geben sollte. Dieses *kindzentrierte Ehe-Modell* mit sinnstiftendem Charakter war das dominante Modell der Nachkriegszeit.

Das Gemeinsame an allen drei Modellen war, dass sie sich auf die eine oder andere Weise sozial konstruieren ließen: zumindest beim dritten, dem kindzentrierten Ehe-Modell, hat die Gesellschaft den Eltern vermittelt, wie ein

guter Vater und wie eine gute Mutter zu sein habe. Über die soziale Konstruktion von Elternrollen konnten die Gesellschaft und der Staat somit direkten Einfluss auf die Familie gewinnen. Nebenbei bemerkt: beim dritten Modell war der Staat mehr denn je zuvor daran interessiert, Einfluss auf die Familien auszuüben. Dafür geeignete Instrumente wurden verfeinert und Strategien weiterentwickelt, letztlich jedoch mit mäßigem Erfolg.

Seit geraumer Zeit zeichnet sich eine weitere radikale Veränderung ab. Das Kind steht nicht mehr (oder vorerst nicht) im Mittelpunkt der Überlegung, ob man überhaupt und, wenn ja, wen man heiraten soll. Vielmehr wird eine *Maximierung des individuellen Glücks* in einer auf Dauer angelegten, qualitativ hochwertigen Beziehung angestrebt. Das kindzentrierte Ehe-Modell bekommt durch ein auf Partnerschaft begründetes Modell des Zusammenlebens Konkurrenz. Das Neue an diesem Modell besteht darin, dass Intimität oder Maximierung des individuellen Glücks in einer Beziehung subjektiv bestimmbare Größen sind. Sie stellen in der Regel das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses zwischen den beiden Partnern dar. Ein solcher Prozess wird mangels Vorbildern auch kaum sozial konstruiert werden können. Damit entzieht sich dieses Modell der sozialen Kontrolle wie kein anderes zuvor. Dass eine solche Form des Zusammenlebens weniger institutionalisiert ist und leichter aufgelöst werden kann als frühere Modelle, liegt auf der Hand.

(b) Der veränderte gesellschaftliche Status der Frauen

In den letzten zwei bis drei Jahrzehnten hat sich der gesellschaftliche Status der Frauen in Deutschland grundsätzlich verändert. Es gab einen starken Anstieg des Anteils von Frauen an weiterführenden Bildungseinrichtungen sowie an der Erwerbstätigkeit:

1970 besuchten 23,7 % der Frauen eine Hochschule oder

Universität, während im Jahre 1990 ihr Anteil 38,3 % betrug. Inzwischen überwiegt sogar der Anteil der weiblichen den der männlichen Studierenden an den Hochschulen. Der Anteil erwerbstätiger Frauen im Alter zwischen 25 und 45 Jahren stieg von 47 % im Jahre 1970 auf 69 % 20 Jahre später. Dies ändert nichts daran, dass Frauen in höheren Positionen in Wirtschaft und Wissenschaft nach wie vor unterrepräsentiert sind. Erwerbstätigkeit hat zudem nicht nur die Frauen erfasst, sondern in zunehmendem Maße auch die Mütter unter ihnen. In der LBS-Familienstudie waren vor der Ankunft des ersten Kindes 81 % der Frauen fast ausschließlich ganztags erwerbstätig. Nach der Geburt des ersten Kindes setzten 33 % ihre Erwerbstätigkeit fort und weitere 10 % stiegen in den Beruf wieder ein, als sie (etwa im 18. Lebensmonat des Kindes) eine geeignete außerfamiliale Betreuung für das Kind gefunden hatten. Dies trifft vor allem auf Mütter zu, deren Kind das schulpflichtige Alter erreicht hatte. Die Beschäftigungsquote von westdeutschen Frauen mit Kindern zwischen sechs und 14 Jahren betrug 1972 44,2 %, 1990 stieg sie auf 62,3 % an. In den alten Bundesländern waren 1995 38,5 % der Mütter mit unter dreijährigen Kindern, 46,8 % mit Kindern zwischen drei und fünf Jahren und 61,1 % mit Kindern zwischen sechs und 14 Jahren erwerbstätig. Für Mütter in den neuen Bundesländern belaufen sich diese Ziffern auf 50,0 %, 62,2 % und 78,1 %.

Nur eine Minorität von Frauen definiert heute ihre Identität als Ehe- und Hausfrau. Die überwiegende Mehrheit der Frauen möchte Familie und Beruf miteinander vereinbaren. Auch die Lebensthemen, die eine junge Frau heute beschäftigen, haben sich inzwischen gewandelt. In einer im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführten (qualitativen) Studie des Deutschen Jugendinstituts konnte eine solche Veränderung nachgewiesen werden. Es sind das nicht mehr die herkömmlichen

„weiblichen“ Themen wie die Doppelbelastung durch Familie und Beruf. Auch die bislang bekannten Unterschiede zwischen Großstadt, Kleinstadt bzw. ländlicher Region, Bildungsstand, Ost-West erwiesen sich als nicht relevant. Bei ihrer Lebensgestaltung orientieren sich Frauen vielmehr an Themen wie Selbstentwicklung, Partnerschaft, Traditionen oder Krisen im Lebenslauf.

(c) Neubewertung der Vaterrolle

Der amerikanische Soziologe Paul Amato (Amato, 1999)⁶ hat auf die Notwendigkeit einer Neukonzeptualisierung von Vaterschaft hingewiesen. Er hat ein ressourcentheoretisches Vaterschaftskonzept vorgestellt, „das Pentagramm der Elternschaft“, in dem er prinzipiell zwischen drei Ebenen elterlicher Ressourcen unterscheidet: Eltern werden in diesem Modell (a) als Human-, (b) als Finanz- und (c) als Sozialkapital für ihre Kinder definiert. Unter Humankapital versteht er die Ausbildung und Beiträge der Eltern zur Förderung und Stimulation des Kindes, unter Finanzkapital deren Einkommen und insbesondere den Anteil an finanziellen Ressourcen, die sie für das Kind direkt aufwenden, und unter Sozialkapital wird die Qualität der Partner- und der Eltern-Kind-Beziehung verstanden. Die kindliche Entwicklung soll in Zusammenhang mit der Qualität des elterlichen Human-, Finanz- und Sozialkapitals stehen. Ungeachtet historischer und kultureller Einflüsse wird ferner davon ausgegangen, dass Mütter und Väter grundsätzlich gleichermaßen in der Lage sind, ihren Kindern diese Ressourcen zur Verfügung zu stellen, wenn auch in der Realität von einer starken Variabilität ausgegangen wird. In Amatos „Pentagramm der Elternschaft“ bedingt die Ausbildung der Eltern das elterliche Einkommen und dieses die Qualität der Eltern-Kind- und der Partner-Beziehung. Die Qualität der Eltern-Kind- und der Partner-Beziehung wird auch direkt durch die Ausbildung der Eltern beeinflusst.

Ferner interessierte sich Amato für den spezifischen Beitrag, den Väter und Mütter zur Entwicklung der Kinder leisten. An fünf abhängigen Variablen der untersuchten jungen Männer und Frauen hat Amato dieses Modell getestet: (a) Qualität der Beziehung zu den eigenen Eltern und Verwandten, (b) Qualität der Beziehung zu den Freunden, (c) Lebenszufriedenheit, (d) psychologische Auffälligkeiten und (e) Selbstwertgefühl.

Er greift dabei auf Daten zurück, die im Rahmen der 1980 eingeleiteten Längsschnittstudie „The Study of Marital Instability Over the Life Course“ (Booth, Amato, Johnson und Edward, 1993) an etwa 2 000 verheirateten Personen mit Kindern im Alter zwischen sieben und 19 Jahren erhoben worden waren. Amato hat zwölf Jahre (nunmehr sogar 15 und 20 Jahre) später, im Jahre 1992, 384 junge Männer und Frauen, die 1980 noch bei ihren beiden Eltern gelebt hatten, erneut untersucht, also in einem Alter von nunmehr 19 bis 31 Jahren (Median = 23 Jahre). Er konnte nachweisen, dass väterliche Ressourcen zwölf, 15 und jetzt sogar 20 Jahre nach der Erstbefragung weiterhin die Ausbildung sowie das Selbstwertgefühl beeinflussen und dass mögliche psychologische Beeinträchtigungen der jungen Männer kausal mit dem väterlichen Beitrag zusammenhängen. Der mütterliche Einfluss auf die abhängigen Variablen „Qualität der Eltern-Kind-Beziehung“ und „Qualität der Beziehung zu den Freunden“ ist signifikant größer als der väterliche Einfluss. Beide Elternteile hatten einen gleichen Anteil an der Lebenszufriedenheit der Kinder.

Im Anschluss an die Überlegungen von Amato haben Fthenakis und Minsel (2002)⁷ – im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – eine für die Bundesrepublik Deutschland repräsentative Studie zur Rolle des Vaters in der Familie durchgeführt. 67 % der befragten Väter konzeptualisierten dieser Studie zufolge ihre Vaterschaft, indem sie ihre Erzieherfunktion

höher gewichteten als ihre ökonomische Funktion. 33 % taten es umgekehrt. Eine ähnliche Auffassung vertraten auch ihre Partnerinnen bzw. Frauen. Wie jedoch die längsschnittlich angelegte LBS-Familienstudie nachweisen konnte, haben solche Vaterschaftskonzepte kaum Chancen, in die familiäre Realität umgesetzt zu werden (Fthenakis, Kalicki, Peitz, 2002)⁸. Damit wird ein Grundproblem manifest, das in etlichen Studien immer wieder bestätigt werden konnte: Alle Daten bestätigen, dass es prinzipiell keine Probleme bei der Etablierung symmetrischer, partnerschaftlich organisierter Beziehungen zwischen Männern und Frauen, bei der Einbindung von Männern als Väter in die Erziehungsverantwortung und bei der Bewältigung des generativen Problems geben dürfte, wenn Männer und Frauen in Deutschland die Chance hätten, die von ihnen präferierten Konzepte zu realisieren. Das Problem liegt lediglich darin, dass das System hochgradig effizient organisiert ist, wenn es darum geht, die Umsetzung solcher Konzepte zu verhindern.

(d) Der gewandelte Wert des Kindes

In historischen und interkulturellen Vergleichen lässt sich zeigen, dass mit dem Wandel von agrarisch strukturierten zu hoch industrialisierten Gesellschaften sich nicht nur das Verhältnis der Geschlechter in der Familie von einer patriarchalischen Struktur zu mehr egalitären Auffassungen gewandelt hat. Vielmehr hat sich auch der „Wert der Kinder“, die Nutzenerwartungen an das Vorhandensein von Kindern in der Familie, gewandelt. Kinder haben in den westlichen Industriegesellschaften nicht mehr in erster Linie einen ökonomisch-utilitaristischen Wert, etwa als direkte Helfer beim Erwerb des Lebensunterhaltes für die Familie.

Auch der sozial-normative Wert, der mit einem Statusgewinn als Eltern in der Gesellschaft, als Träger des Fami-

liennamens und Erhalter des familialen Besitzes oder Standes, verbunden ist, ist nicht mehr so stark ausgeprägt. Dagegen ist der psychische Nutzen, die Freude am Aufwachsen des Kindes, das Erlebnis von Sinnerfüllung, stark in den Vordergrund getreten. Vor dem Hintergrund der veränderten Bedeutung der Kinder für ihre Eltern haben sich auch Veränderungen im Eltern-Kind-Verhältnis ergeben. Mit der Anerkennung und der Betonung kindlicher Autonomie wandelt sich die Eltern-Kind-Beziehung mehr und mehr zu einem partnerschaftlichen Zusammenleben. Aus dem Erziehungsverhältnis wird ein Beziehungsverhältnis. Das zeigt sich einerseits in einer stärkeren Kindzentrierung, andererseits aber auch in einer Schwächung des Partnersubsystems.

(e) Die stille Revolution in der Erziehung

In einer Längsschnittstudie, in der Kinder in einer Zweigenerationen-Stichprobe von deutschen (vorwiegend Mittelschichts-)Familien über den Zeitraum von 16 Jahren (1976–1992) untersucht wurden, haben Schneewind und Ruppert (1995)⁹ eine vorwiegend positive Einstellung zu den Eltern-Kind-Beziehungen feststellen können, wenngleich die Kinder im Schnitt eine kritischere Haltung einnehmen als ihre Eltern.

Es ist zweifelsfrei, dass die absolute Mehrzahl der Kinder die Eltern als die wichtigsten Personen im Leben betrachtet. Der Shell-Studie zufolge sind 84 % der Jugendlichen der Auffassung, dass die Beziehung zwischen ihnen und ihren Eltern gut bis sehr gut sei. 80 % der Jugendlichen vertrauen am meisten ihren Eltern, 50 % ihren Geschwistern, 38 % ihren Ärzten und 2 % ihren Politikern. In ihrem Denken fühlen sie sich am meisten beeinflusst durch ihre Eltern (61 %) und von ihren Freunden (17 %). Dieser Befund widerlegt die kontrovers diskutierte Behauptung von Judith Harris (1998),¹⁰ wonach Eltern, verglichen mit der

Beeinflussung durch das soziale Netz, auf ihre Kinder keinen nennenswerten Einfluss haben.

In mehreren Umfragen lässt sich seit 1951 ein Anstieg von elterlichen Erziehungseinstellungen nachweisen, die auf Betonung kindlicher Autonomie, Unabhängigkeit und kindlichen freien Willens hinweisen (von 28 % auf 65 %), während die Bedeutung von Werten wie Gehorsam und Unterordnung kontinuierlich sank (von 25 % auf 10 %). „Typische deutsche“ Tugenden, wie z. B. Fleiß und Ordnungssinn, haben sich im Wesentlichen auf einem Niveau von 40 % gehalten. Seit den 70er Jahren lassen sich Veränderungen in den Erziehungseinstellungen und -praktiken westdeutscher Eltern feststellen, mit sinkender Bedeutung von Anpassungswerten wie Pflicht und Gehorsam und steigender Bedeutung des Themenkreises der Selbstverwirklichung.

Die zuverlässigste Information liefert für Deutschland die bereits erwähnte von Schneewind und Ruppert 1995 vorgelegte Längsschnittstudie. Diese Studie konnte eine zunehmende „Liberalisierung und Emotionalisierung der Eltern-Kind-Beziehungen zutage (fördern), die im Übrigen zu einem großen Teil auf Generationen- und weniger auf Zeiteffekte zurückzuführen sind. Genauer gesagt stellte sich heraus, dass vor allem normative Verbindlichkeiten schwinden, Leistungs- und Konformitätsansprüche reduziert werden, Grenzensetzen zu einer immer schwierigeren Aufgabe wird, was auch dazu führt, dass die Grenzen zwischen den Generationen weniger klar hervortreten. Darüber hinaus wird Kindern ein größerer Freiheitsspielraum gewährt. Außerdem drücken Eltern ihre Zuneigung zu ihren Kindern mit mehr Offenheit aus.“ (Schneewind, 1999) Ferner betont Schneewind, dass es den Anschein hat, „dass ein hierarchisch generationenbezogenes Modell von Eltern-Kind-Beziehungen einem eher partnerschaftlich-egalitären Modell gewichen ist“ (S. 71). Die Entwicklung

habe demnach von einer „nomozentrischen“ (d. h. auf gesellschaftlichen Normen beruhenden) zu einer „autozentrischen“ (d. h. an selbstbestimmten Leitvorstellungen der Lebensführung orientierten) Mentalität geführt.

I.3. Prozessuale Veränderungen in der Familienentwicklung

Vor dem Hintergrund des hier angedeuteten Wandels von Familienstrukturen und Beziehungen und vor allem hinsichtlich der Herausforderungen, die sowohl für den Einzelnen als auch für die Gesamtfamilie aus der Integration von Diskontinuitäten resultieren, stellt sich die Frage nach dem für die Familien von heute angemessenen wissenschaftlichen Betrachtungsansatz. Gegenwärtig gewinnen – neben soziologischen – vor allem entwicklungs- und familienpsychologische Ansätze zunehmend an Bedeutung für die Beschreibung und Erklärung von Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und von Elternschaft: Die *systemische Sichtweise* der Familie hat nicht nur für die Theorie und Praxis der Familientherapie, sondern ebenfalls für die Familienforschung und zunehmend auch für die Arbeit der Entwicklungspsychologen an Bedeutung gewonnen.

Ein System kann sich auf zweierlei Weise verändern: Einmal in einer Weise, in der sich kontinuierlich einzelne Parameter, nicht aber die Strukturen des Systems wandeln. Zum anderen in einer Weise, durch die sich das System diskontinuierlich und qualitativ verändert. Ein solcher Wandel ist durch einen Wechsel des äußeren Bezugsrahmens und/oder durch systemimmanente Umstrukturierungen bedingt. Dieser qualitative Wandel des Systems Familie und die damit verbundenen Anpassungsleistungen der Familienmitglieder, die man als *Entwicklungsaufgaben* verstehen kann, lassen sich im Lebenszyklus der Familie nachzeichnen. So z. B. bei der Geburt des ersten Kindes, in der Zeit des Vor-

schulalters und des Schulbesuchs; während der Adoleszenz und der Loslösung des Jugendlichen aus dem Familienverband; in der Lebensphase nach der aktiven Elternschaft („Empty Nest“-Problematik) und schließlich beim Austritt aus dem Berufsleben und bei der Verwitwung.

Zu allen Zeiten mussten Familien aber nicht nur mit diesen *normativen* Lebensereignissen, sondern auch mit kritischen Ereignissen *nichtnormativer* Art umgehen. Für die moderne Familie in Westeuropa – wie auch in Familien aus anderen Industrieländern – scheint das in verstärktem Maße zuzutreffen. So beinhalten die Problemkreise der Ehescheidung wie auch der vorübergehenden oder langfristigen Arbeitslosigkeit drängende familienbezogene Fragestellungen, die neben anderen kritischen Ereignissen, wie z. B. der Geburt eines behinderten Kindes, plötzlichem Tod oder schwerer Krankheit, Opfer eines Unfalls oder eines Verbrechens geworden zu sein, um nur einige zu nennen, quantitativ besonders hervorzuheben sind. Zu den kritischen Lebensereignissen gehören aber auch solche, die nicht nur individuelle Bedeutung haben, wie z. B. wirtschaftliche Depression, Kriege, wie wir sie in der Vergangenheit in Europa erlebt haben bzw. jüngst in Vorderasien erleben, oder Naturkatastrophen.

Die Grundannahme des Konzeptes der normativen wie nicht normativen Lebensereignisse ist, dass diese Ereignisse als Stressoren aufgefasst werden, die die Familie in krisenhafte Situationen bringen und im System Familie einen Prozess einleiten, der sich als *Transition* beschreiben lässt. Der Verlauf einer solchen Transition wird von den Bewältigungsstrategien mitbestimmt, welche wiederum davon abhängen, auf welche persönlichen, sozialen und materiellen Ressourcen der Einzelne und die Familie zurückgreifen können. Im ungünstigen Fall können Bewältigungsversuche zu einer Kumulation der Stressoren und somit zu einer Verschärfung der Krise führen.

Für die Wissenschaft wie auch für die Praxis und für die Politik stellt sich demnach heute die zentrale Frage nach einem angemessenen Konzept, das uns erlaubt, Familienentwicklung und familialen Wandel adäquat zu beschreiben und darauf aufbauend neue Wege im Umgang mit Familien zu eröffnen.

Studiert man unter diesem Aspekt Handbücher zur Lebensereignisforschung, zur Stressforschung, zur Bewältigungsforschung, zur Social-Support-Forschung oder zur Transitionsforschung, wird man eine Konvergenz der Forschungsrichtungen hin zu einer „Psychologie des Wandels“ finden. In den zurückliegenden zehn Jahren hat allerdings ein Konzept an Dominanz gewonnen: *der Familien-Transitions-Ansatz*. Diesem Konzept zufolge stellen Transitionen sowohl auf der individuellen als auch auf der familialen Ebene Veränderungsphasen nach spezifischen Ereignissen, wie der Geburt eines Kindes oder Trennung, Scheidung bzw. Wiederheirat, dar, die durch verdichtete und akzelebrierte Lernprozesse charakterisiert sind und denen zufolge psychologische Veränderungen sowie Veränderungen auf der interaktionalen Ebene des familialen Systems stattfinden, deren Richtung vorerst offen bleibt.

An dieser Stelle soll lediglich auf einen Übergang kurz eingegangen werden, nämlich den Übergang zur Elternschaft, um dieses Denkmodell der neueren Familienforschung zu illustrieren. Es ist das Verdienst von Philip und Carolyn Cowan von der University of California, Berkeley, ein Modell entwickelt und evaluiert zu haben, mit dessen Hilfe der Übergang zur Elternschaft als individuelle und familiale Transition beschrieben wird. Diesen Autoren zufolge leitet die Geburt eines Kindes Veränderungen sowohl auf der individuellen als auch auf der familialen Ebene ein. Darüber hinaus verändern sich infolge dieser Transition die verwandtschaftlichen und sozialen Netze. Diesen Autoren zufolge reichen kontextuelle Veränderungen, wie sie viel-

fach in der soziologischen und bevölkerungswissenschaftlichen Forschung beschrieben werden, nicht aus, um einen Übergang in der Familienentwicklung zu postulieren. Vielmehr sind es *psychologische Veränderungen* im Innenleben der einzelnen (Familien-)Mitglieder, in der (Neu-)Organisation ihrer Rollen und ihren zentralen Beziehungen, die einen Übergang konstituieren.

Cowan und Cowan (1992, 1994)¹¹ haben diese psychologischen und interaktionalen Veränderungen mit Hilfe eines strukturell-prozessualen Modells beschrieben, das auf der Ebene des Individuums eine Reorganisation der Identität, eine veränderte Weltsicht der Dinge und die Bewältigung dessen, was Erickson als emotionalen Aufruhr bezeichnet hat, vorsieht. Die Bewältigung der Transition zur Elternschaft impliziert demnach beim werdenden Vater eine Veränderung seiner Identität. Das Leben erhält für ihn einen neuen Sinn und etliche Studien haben auf die emotionalen Probleme werdender Väter hingewiesen, die jedoch in vielen Kulturen weitgehend unbeachtet bleiben. Bestandteil des Bewältigungsprozesses auf der individuellen Ebene ist die Wahrnehmung der mit der Transition verbundenen emotionalen Beunruhigung. Diese kann sogar Formen einer Depression annehmen, wie dies bei der Post-Partum-Depression bei Müttern der Fall ist. Auf allen diesen Ebenen müssen psychologische Veränderungen stattfinden, damit man von einer Transition sprechen kann. Männer im Übergang zur Elternschaft zeigen häufig eine Reihe von Problemen oder sie versuchen mit äußeren Zeichen, den Bewältigungsprozess sozial zu vermitteln: Manche werdenden Väter lassen sich während der Schwangerschaft einen Bart wachsen, andere nehmen an Gewicht zu, für manche werden häufigere Arztbesuche verzeichnet, und nicht wenige flüchten in die Arbeit, so dass es eine Phase ist, die mit einer der höchsten Raten von Überstunden verbunden ist.

Veränderungen finden aber auch auf der familialen Ebene statt: Die Rollen werden reorganisiert: Dabei ist wichtig zu wissen, dass sowohl neue Rollen erlernt als auch alte gelöscht werden können. Männer, die Vater werden, haben ihr Rollenverhalten um die Vaterrolle zu erweitern. Veränderungen finden auch in der Ehepartnerbeziehung statt: Für einen nicht zu unterschätzenden Teil der Familie verändert sich infolge der Geburt des ersten und noch stärker des zweiten Kindes die Qualität der Partnerbeziehung. Etliche Längsschnittstudien haben diesen Veränderungsprozess beschrieben, der von einer rapiden Reduktion von Zärtlichkeit und Sexualität sowie von einer Traditionalisierung der familialen Arbeitsteilung begleitet wird und zu einer Beschädigung der Ehepartner-Beziehung führen kann. Die Bewältigung von Transitionen impliziert die Entwicklung neuen Verhaltens. Darin liegt auch die Chance für persönlichen Gewinn und für individuelle wie familiale Weiterentwicklung. Zu lernen, mit solchen komplexen Veränderungsprozessen umzugehen, ist eine Herausforderung, der nur mit neuem Verhalten begegnet werden kann. Schließlich können Transitionen auf der interaktionalen Ebene im Familiensystem eine emotionale Beunruhigung bzw. Belastung bedingen, die zu Konflikten in der Familie führen und unter besonderen Bedingungen zu dysfunktionaler und destruktiver Entwicklung führen kann.

Cowan und Cowan haben aber auch darauf hingewiesen, dass Veränderungen dieser Art nicht nur auf die Individuen und das Familiensystem beschränkt bleiben. Sie erfassen auch das soziale und verwandtschaftliche Netz: Es ist charakteristisch für die Transitionen, dass während dieser Zeit sich das Netz der Freunde verändert. Junge Mütter verlieren den Kontakt zu den alten Freunden und bauen sich neue Freundeskreise auf. Auch die Qualität der Beziehung zu den eigenen Eltern verändert sich bei der Bewältigung einer Transition: Eltern können erneut emotionale und/

oder finanzielle Unterstützung bieten, Betreuungsaufgaben übernehmen usw.

Ob und *wie* ein Familienmitglied oder das Familiensystem insgesamt eine Transition bewältigt, hängt aber auch im Höchstmaß mit Faktoren kontextueller Art zusammen: Ökonomische, soziale und kulturelle Faktoren, Bereitstellung von Unterstützungsprogrammen und von Interventionsansätzen, geeignete rechtliche Bedingungen, die neuen Medien und die rapide Verbreitung von elektronischen Kommunikationsnetzen, Einrichtungen wie Schulen, Beratungsstellen und Ähnliches spielen bei der Bewältigung von Transitionen eine signifikante Rolle.

Interessante Befunde aus den letzten Jahren verweisen darauf, dass in verschiedenen Transitionen im Familienentwicklungsprozess vergleichbare Veränderungsprozesse auf der individuellen und familialen Ebene stattfinden: So sind es die gleichen Dimensionen, die im Übergang zur Elternschaft und im Übergang zur Nachscheidungsfamilie Veränderungen erfahren. Und es scheint so zu sein, dass Individuen bzw. Familien recht früh im Familienentwicklungsprozess die mit der Bewältigung verbundenen Probleme manifest werden lassen. Zudem stellen Transitionen Phasen im Familienentwicklungsprozess dar, in denen das Individuum wie das Familiensystem offen für Hilfe ist.

I.4. Kontextuelle Veränderungen

Nicht nur im familialen System, sondern auch auf anderen Systemebenen haben sich die Lebensbedingungen von Familien und insbesondere von Kindern verändert. Die noch fehlende Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht in der Regel auf Kosten von Kindern, Frauen und Vätern. Weitere Belastungen von Familien werden nunmehr öffentlich diskutiert. Dazu zählen Probleme der strukturellen Gewalt gegen Frauen und Kinder, Auswirkungen von Arbeitslosigkeit

keit auf die Familienmitglieder sowie Probleme von Kindesmisshandlung, -vernachlässigung und von sexuellem Missbrauch von Kindern, worauf hier nicht näher eingegangen werden kann. Insbesondere gesamtwirtschaftliche Veränderungen in noch nie da gewesenum Ausmaß werden direkte Konsequenzen für Familien und für die Erziehungsarbeit mit Kleinkindern mit sich bringen. Aus der Komplexität kontextueller Veränderungen sei hier lediglich auf einige wenige hingewiesen, um deren Bedeutung für Intervention und Politik anzudeuten.

(a) *Stärkere Mobilität*: Familien sehen sich infolge veränderter wirtschaftsstruktureller Bedingungen zunehmend einer höheren geografischen Mobilität und einer kulturellen und sprachlichen Diversität gegenüber, die zu einer Restrukturierung von sozialen Netzen und zu weiteren Veränderungen im Leben der Familien führen werden. Das Mobilitätsproblem begrenzt sich für die europäische Familie nicht auf den Rahmen der EU, es hat bereits ein darüber hinausreichendes internationales Ausmaß angenommen, wenn man etwa an die Familien, die in den asiatischen Raum arbeitsbedingt auswandern mussten, bzw. an den Zustrom vieler Flüchtlinge und Immigranten denkt.

(b) *Kulturelle Diversität*: Die Öffnung der Märkte, wirtschaftliches Ungleichgewicht im Nationenvergleich und der Zerfall des Ostblocks haben weltweit Wanderbewegungen in bislang unbekanntem Dimensionen ausgelöst. Es bleibt abzuwarten, wie sich die jüngst erfolgte Erweiterung der EU um weitere neun Länder bezüglich Mobilität und kultureller Diversität auswirken wird. Westeuropa zählt zu den begehrtesten Einwanderungszielen, wobei Deutschland die höchste Anziehungskraft ausübt. Für die Jahre 1981–1990 haben wir die stärksten Zuwanderungsraten in der Geschichte Deutschlands zu verzeichnen. Einen Wan-

derungsgewinn von 2,2 Millionen Menschen in einem Jahrzehnt hat es in Deutschland nie zuvor gegeben.

Ende 2003 lebten rund 7,3 Mio. ausländische Männer und Frauen in Deutschland (8,9 % der Gesamtbevölkerung). Von den Kindern sind 18,3 % jünger als 18 Jahre. Von der ausländischen Bevölkerung lebte ein Drittel 20 Jahre und länger in Deutschland, 19 % sogar länger als 30 Jahre, 61 % länger als 10 Jahre. 22 % der Migranten sind in Deutschland geboren.¹² Zugleich mehren sich europaweit binationale Ehen; in Deutschland stieg ihr Anteil in den letzten 35 Jahren von 5,0 % auf 16,5 % an. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die jüngeren Ausländergenerationen immer häufiger bereits in Deutschland aufgewachsen sind und im Inland heiraten.

II. Perspektiven für eine zeitgemäße Familienpolitik

Vor dem Hintergrund dieser Belastungen und Herausforderungen, der Chancen und Risiken, die dem gegenwärtigen Familienentwicklungsprozess inhärent sind, ist die Frage nach der Qualität des politischen Ansatzes aufzuwerfen, der für sich in Anspruch nimmt, solchen Wandlungsprozessen gerecht zu werden, mit den Familien gemeinsam ein zeitgemäßes Modell politischen Handelns zu entwickeln, in dem die Grundsätze und die Prinzipien als Ergebnis eines Aushandlungsprozesses und nicht lediglich als Resultat staatlicher Fürsorge definiert werden. Es ist evident, dass die hier angedeuteten Grundsätze nicht für sich die Entwicklung eines politischen Handlungsmodells beanspruchen, sie sollten lediglich eine solche Diskussion einleiten bzw. Anhaltspunkte zu einem diesbezüglichen Reflexionsprozess liefern.

Grundsätze und Perspektiven für eine zeitgemäße Familienpolitik

1. Stärkung von Autonomie und Eigenverantwortung der Familie: Autonomie und Eigenverantwortung stellen unverhandelbare Kernstücke der Familienpolitik dar. Deshalb müssen alle Maßnahmen daraufhin hinterfragt werden, ob sie zur Stärkung der familiären Autonomie und Eigenverantwortung beitragen. Die Familienpolitik mit ihren Instrumenten leistet einen Beitrag zur Stärkung von Familien insbesondere bei der Wahrnehmung elterlicher Verantwortung. Sie erkennt an, dass gegenwärtig familiales Zusammenleben und elterliche Verantwortung in unterschiedlichen Formen realisiert werden. Es gilt demnach, in allen unterschiedlichen Formen und in allen Phasen des Familienentwicklungsprozesses Kinder und ihre Eltern zu begleiten und zu unterstützen, damit sie in die Lage versetzt werden, autonom ihre Verantwortung wahrzunehmen. Nicht die betreute Familie ist das Ziel, sondern die verantwortliche Elternschaft und die autonom handelnde Familie.

2. Förderung einer Familienpolitik, die von den Bedürfnissen der Familie ausgeht: Es wird eine (explizite) Familienpolitik befürwortet, die die Anliegen und Bedürfnisse von Familien in den Mittelpunkt stellt und, von der Situation von Familien ausgehend, Anforderungen an alle anderen Politikbereiche richtet: Franz Xaver Kaufmann hat zu Recht beklagt, dass wir in Deutschland bislang keine explizite Familienpolitik entwickelt haben. In den zurückliegenden Jahren lassen sich unterschiedliche Argumentationen für Familienpolitik finden: Neben einer familieninstitutionellen, einer bevölkerungspolitischen, einer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Argumentation lässt sich eine sozial- und frauen- sowie neuerdings männer- und kinderpolitische Argumentation nachweisen. In allen diesen Politikbereichen finden sich implizit fami-

lienpolitische Komponenten. Das alles aber macht bei weitem noch keine explizite Familienpolitik aus, die von den Bedürfnissen der Familienmitglieder ausgeht, die Vielfalt der Familienformen berücksichtigt, der diskontinuierlich verlaufenden Familienentwicklung angemessen Rechnung trägt und familienpolitische Ansprüche an alle Politikbereiche richtet. Wir sind gegenwärtig weit davon entfernt, eine solche familienpolitische Konzeption zu haben. Hier liegt *die* Chance für eine *neue Familienpolitik*.

3. *Versöhnung des „Familiensektors“ und des „Nichtfamiliensektors“*: Die bereits eingetretene Polarisierung unserer Gesellschaft in einen Familien- und einen Nichtfamiliensektor stellt eine politische Herausforderung ersten Ranges dar. Da die gegenwärtigen Rahmenbedingungen den Nichtfamiliensektor begünstigen und den Familiensektor zunehmend unter Druck setzen, gilt es, durch geeignete Maßnahmen den Druck auf die Familien abzubauen und die soziale Ungerechtigkeit zwischen Single- und Familienhaushalten zu beseitigen. Vor allem aber wird die Aufgabe darin bestehen, beide Sektoren miteinander zu versöhnen und das System zu einem neuen Ausgleich zu bringen.

4. *Bedürfnisse der Kinder stehen an erster Stelle*: Kinder als Subjekte anzuerkennen, ihnen Priorität einzuräumen, die kindliche Perspektive in den Mittelpunkt unseres Handelns zu stellen, den Kindern die besten Bildungschancen bereitzustellen und eine Kultur des Aufwachsens zu ermöglichen, ist das vorrangige Anliegen all unserer Bemühungen um die Familie. Die Politik betrachtet es als ihre zentrale Aufgabe, Beiträge zur Verbesserung der Lebensbedingungen und des Aufwachsens, der Bildung, Betreuung und Erziehung unserer Kinder und Jugendlichen zu leisten. Sie tritt für eine stärkere entwicklungsangemessene Betei-

ligung der Kinder an den sie betreffenden Angelegenheiten ein und unterstützt Maßnahmen und Projekte, die kindliche Partizipation zum Ziel haben. Sie befürwortet Investitionen, die zu einer verbesserten kind- und familiengerechten Infrastruktur des Landes beitragen, so dass unsere Kinder in einem Klima des Vertrauens, der Liebe und der Unterstützung aufwachsen können. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um Kinder vor Armut zu bewahren und, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem kulturellen und ethnischen Hintergrund und von ihrer Religion, ihnen optimale Chancen für ihre Entwicklung und die bestmöglichen Angebote für ihre Bildung bereitzustellen.

5. Vorrang für Dialog und Partizipation: Familienpolitik, die Erfolg haben soll, muss Familien als Partner ansehen. Politik soll mit Familien und nicht für Familien gemacht werden. Das gilt für die Eltern, in gleichem Maß aber auch für Kinder und Jugendliche. Deshalb wird eine Familienpolitik befürwortet, die vielfältige Beteiligungsformen in der Jugendhilfe wie im Bereich der Bildung fördert: Mitverantwortung statt Anspruchs- und Konsummentalität, Familie wird nicht als Objekt, sondern als mitgestaltendes Subjekt von Politik betrachtet.

Bisherige familienpolitische Maßnahmen implizierten eine Qualität des Verhältnisses zwischen Staat und Familie, die man als staatliche Fürsorge bezeichnen kann: Staatliche Hilfen werden Familien *gewährt*, die einer solchen Unterstützung und Fürsorge bedürfen. Eine solch gewährende Politik hat die Mitverantwortung der Familie konzeptuell nicht einbezogen, versetzt Familien in den Status des Objektes staatlicher Fürsorge und fördert als unerwünschten Nebeneffekt Anspruchsmentalität. Dieses Modell muss zugunsten eines *partizipatorisch-dialogischen* Politikmodells aufgegeben werden, das Familien zur Mit-

gestaltung und damit zur Mitverantwortung einlädt. Ein solches familienpolitisches Konzept ist Teil einer bürger-nahen Politik, in der den Familien eine aktive, ko-konstruierende Rolle zugestanden wird.

6. Präventiv orientierte Familienpolitik: Staatliche Hilfen und Angebote für Familien setzen bislang häufig erst dann ein, wenn bereits massive Probleme vorliegen. Es wird eine stärker *präventiv orientierte Familienpolitik* befürwortet: Sie soll Familien bereits in den frühen Phasen ihrer Entwicklung unterstützen und Problemen vorbeugen helfen, statt sie später mit hohem Aufwand zu kurieren: Staatliche Hilfen und Interventionsmaßnahmen für Familien sind bislang eher restaurativ orientiert. Eine präventiv orientierte Familienpolitik sollte der Familie helfen, die Kompetenz zu erwerben, mit Veränderungen im Laufe ihrer Entwicklung und mit Belastungen in ihrem Leben angemessen umzugehen. Phasen der Transition im Familienentwicklungsprozess, wie z. B. der Übergang zur Elternschaft, bieten eine gute Möglichkeit zur Familienintervention und die Erkenntnisse der Familienforschung liefern eine gute Grundlage für präventive Interventionen im Familienentwicklungsprozess.

7. Ein umfassendes Konzept von Familienpolitik: Es wird ein umfassendes familienpolitisches Konzept benötigt, das auf drei Säulen ruht: (1) Es geht zum einen um finanzielle Hilfen zur Beseitigung sozialer Ungerechtigkeit und zur Sicherung des Existenzminimums; (2) es geht zum anderen um den Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder und die Stärkung seiner Qualität – hier dürfen vor allem Betreuungsangebote für Familien mit Kindern im Alter von weniger als drei Jahren und mit Schulkindern nicht länger auf sich warten lassen. (3) Darüber hinaus benötigen Familien heute zunehmend bislang kaum verfügbare Kompetenzen,

um mit dem rasant verlaufenden gesellschaftlichen Wandel umgehen und das eigene Schicksal selbst in die Hand nehmen zu können.

Bisherige familienpolitische Konzepte basieren im Wesentlichen auf einem dualen System: Es werden den Familien finanzielle Hilfen gewährt und Betreuungsangebote für Kinder bzw. Beratungsangebote für Erwachsene zur Verfügung gestellt. Eine der dringenden anstehenden Aufgaben ist die Errichtung der dritten Säule der Familienpolitik: Neben den finanziellen Hilfen, die nach wie vor für viele Familien unentbehrlich sind, neben den noch auszubauenden Betreuungsangeboten (vor allem für Kinder von weniger als drei Jahren und für Kinder im Schulalter) sind vor allem Hilfen zur Stärkung der Kompetenz der Familie notwendig, sowohl was Elternschaft als auch was Partnerschaft betrifft.

8. Verknüpfung von Familien- mit Partnerschafts- und Bildungspolitik: Familienpolitik hat bislang nur einen Ausschnitt der familiären Aufgabenstellungen berücksichtigt: die Beziehung zwischen Eltern und Kindern. Die Qualität der Partnerschaft der Eltern erweist sich jedoch als die tragende Säule der Familie. Sie hat großen Einfluss auf die Eltern-Kind-Beziehung und kann diese – in ungünstigen Fällen – erheblich beeinträchtigen. Es gilt demnach, eine Politik zu vertreten, welche die ganze Familie umfasst.

Stärkung von Partnerschaftsqualität: Stärkung von Partnerschaftsqualität in eine übergeordnete, auf Entwicklung ausgerichtete familienpolitische Konzeption einzubinden, stellt eine neue Herausforderung dar. Eine familienpolitische Konzeption sollte sich nicht auf den familienpolitischen Bereich im engeren Sinn beschränken. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil der Bildungspolitik und anderer Politikbereiche. Die Sozialisation der Kinder, die Stärkung kindlicher Kompetenzen wie z. B. Kommunika-

tion, Empathie und metaemotionale Kompetenz, die Entwicklung eines gesunden Selbstwertgefühls, die Stärkung der positiven Selbsteinschätzung und der Selbstregulation, um nur einige zu nennen, stellen die Grundlagen für das zwischenmenschliche Zusammenleben dar. Kinder angemessen nicht nur auf den Beruf, sondern auch auf das gesamte Leben und insbesondere auf die Aufgaben als Mann und Frau bzw. als Eltern vorzubereiten, muss zum selbstverständlichen Teil eines jeden Bildungskonzeptes werden.

In der Bildungspolitik ist somit erneut die Frage zu stellen, worauf sie unsere Kinder vorbereitet. Mit Blick auf die Familie kann behauptet werden, dass die institutionalisierte Bildung unsere Kinder bislang am wenigsten auf die wichtigsten Rollen im Leben, die des Ehepartners und der -partnerin, der Mutter oder des Vaters, vorbereitet. Der bildungspolitische Beitrag muss diesbezüglich neu definiert werden.

Gegenwärtige Bildungskonzepte stellen zudem die verbreitete Einseitigkeit in der Wertschätzung der kindlichen Autonomie in Frage und heben die soziale Mitverantwortung hervor, unterstreichen die Bedeutung von Orientierungskompetenz und werfen die Frage nach der Wertorientierung auf. Es gibt kaum einen Bereich, wo sich Familien- und Bildungspolitik gegenseitig so sehr bereichern können wie bei den eben genannten Themen.

9. Berücksichtigung prozessualer Aspekte der Familie: Bisherige familienpolitische Konzepte haben zu sehr auf Strukturen gesetzt und organisatorisch-strukturelle Antworten gesucht. In der Forschung wird jedoch zunehmend die Bedeutung prozessualer Aspekte erkannt. Die Qualität der Eltern-Kind-Beziehung, die Qualität der Partnerschaft, die Art und Weise, wie man mit Belastungen umgeht, wie man Brüche und Verluste bewältigt, wie man Kommunikation in der Familie pflegt, stellen wichtige Aspekte im fa-

mialen Geschehen dar. Wir müssen solche Aspekte stärker als bisher auch in die Familienpolitik miteinbeziehen.

Die Familienforschung hat uns in den letzten Jahren einen tiefen Einblick in die Familienentwicklung ermöglicht. Zahlreiche Studien betonen die Bedeutung von prozessualen Aspekten des familialen Geschehens. So konnte z. B. festgestellt werden, dass die Geburt des ersten Kindes von anderen Faktoren bedingt wird als die Geburt des zweiten Kindes. Was Eltern veranlasst, ein zweites Kind zu bekommen, ist vorwiegend prozessualer Natur: Für eine Frau ist dafür maßgeblich, ob sie traditionell oder egalitär orientiert ist, welche Erfahrungen sie mit dem ersten Kind gemacht hat, welche Entlastung sie von ihrem Ehemann erfahren konnte und über welche Betreuungsmöglichkeiten sie verfügt, wenn sie nach der Geburt des zweiten Kindes Beruf und Familie vereinbaren möchte. Anders als bei der Erstelternschaft entscheiden Frauen bei der Frage, ob sie ein zweites Kind möchten, zugunsten der beruflichen Karriere, wenn sie vor die Alternative „Beruf oder Familie“ gestellt werden.

Für den Mann scheint die Qualität der Partnerschaft die entscheidende Rolle zu spielen: Der Wunsch des Vaters nach einem zweiten Kind nimmt umso stärker ab, je mehr sich der Vater aus der Mutter-Kind-Beziehung ausgeschlossen fühlt, je deutlicher die Verschlechterung der Partnerschaftsbeziehung infolge der Geburt des ersten Kindes ausfällt und je mehr die Unzufriedenheit mit seiner Partnerin zunimmt.

Viele familienpolitische Probleme resultieren heute aus dem prozessualen Aspekt der Familienentwicklung. Wir brauchen deshalb neue Instrumente, wenn wir eine effiziente Familienpolitik entwickeln und implementieren wollen.

Eine Politik zu entwickeln, die sensibel auf prozessuale Aspekte der Familienentwicklung reagiert, ist eine nicht mehr aufschiebbare, wenn auch keine leichte Aufgabe.

10. *Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen, Männer und Kinder:* Die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss nicht nur für Mütter, sondern auch für Väter gestellt werden. Weitgehend unbeachtet bleibt bislang bei dieser Frage die Perspektive der Kinder und Jugendlichen. Es wird deshalb ein Konzept von Vereinbarkeit befürwortet, das die Interessen *aller* Familienmitglieder berücksichtigt und abwägt. Zudem wird ein breiteres Konzept benötigt, in dem Erwerbstätigkeit, Familienarbeit und Erholung in gleicher Weise berücksichtigt werden. Vereinbarkeit von Familie und Beruf bringt auch für die Wirtschaft Vorteile mit sich, wie an anderer Stelle beschrieben wird: Familienkompetenz wird zunehmend auch hier erwartet und geschätzt.

11. *Integration statt Ausgrenzung:* In vielen Berichten und öffentlichen Debatten wird auf das Armutsrisiko für allein Erziehende und für kinderreiche Familien hingewiesen. Auch kulturelle, soziale und technologisch bedingte Ausgrenzungen treffen Familien in besonderer Weise. Eine so verstandene Familienpolitik tritt für eine Beseitigung des Armutsrisikos ein und leitet Maßnahmen ein, die Familien nicht ausgrenzen, sondern sozial wie kulturell einbeziehen und in die Gesellschaft integrieren.

Der Sozialbericht der Bundesregierung, der 10. Kinder- und Jugendbericht und eine Reihe von Studien zeigen, dass auch in unserem Land Ausgrenzungsprozesse stattfinden, denen wirkungsvoll begegnet werden muss. Neben den präventiven Ansätzen einer zeitgemäßen Familienpolitik muss sich unsere Aufmerksamkeit auf die Hochrisikogruppen in unserer Gesellschaft konzentrieren. Eine nicht zu unterschätzende Anzahl von Kindern wächst in solchen Problemfamilien auf, ohne dass es bisher gelungen wäre, angemessen darauf zu reagieren. Familien, die in Armut leben, Familien mit Alkohol- und Drogenabhängigkeit, Fa-

milien, in denen es zur Gewaltanwendung kommt, Familien in sozialer und kultureller Isolation sind einige Stichworte, die uns für die besonderen Bedürfnisse der Menschen in solchen Problemlagen sensibilisieren sollten.

12. Weiterentwicklung der Familienbildung: Familien von heute müssen ihr Leben in einer Gesellschaft gestalten, die kulturell divers und sozial komplex geworden ist. Sie müssen mit Diskontinuitäten und Brüchen in ihrem Leben umgehen lernen. Elterliche Kompetenz muss heute in einem Rahmen von Unsicherheit verantwortet werden. Es gilt demnach, den Familien Angebote zur Verfügung zu stellen, die sie befähigen, mit solchen Unsicherheiten und Belastungen kompetent umzugehen. Die Angebote der Familienbildung, der Familienberatung und -begleitung sind dementsprechend auszubauen und qualitativ zu verbessern.

Wenn wir den Familien helfen wollen, mit den rasant verlaufenden Veränderungen in der Gesellschaft fertig zu werden, ihre Unsicherheit in Erziehungsfragen zu überwinden, hohe Qualität in der Partnerschaft zu erleben, wenn wir möchten, dass Familien ihren Aufgaben gerecht werden, benötigen wir mehr als je zuvor Angebote für Familienbildung und Familienerholung.

Dabei sind, bei Nutzung neuer Technologien, andere Wege der Vermittlung als bisher zu gehen, nämlich Wege, auf denen die Familien erreicht werden, die solche Angebote am nötigsten haben. Hier müssen in der Tat innovative Ansätze zur Anwendung kommen, z. B. die stärkere Einbeziehung von Frauenärzten, von Haus- und Kinderärzten und Kindertageseinrichtungen. Neben der konzeptionellen Weiterentwicklung ist eine Vernetzung der Angebote der Familienbildung mit den Angeboten der Jugendhilfe erforderlich.

13. Stärkung des Systems Familie: Zu einer Zeit, in der die Herausforderungen an die Familie gewachsen sind und die von der Familie zu bewältigenden Probleme komplexer und schwieriger geworden sind, gilt es, die Familie zu stärken. Aufgabe der Familienpolitik ist es demnach, Maßnahmen zu fördern, die darauf abzielen, das System Familie insgesamt zu stärken; dies gilt insbesondere für die Beziehungen zwischen den Familienmitgliedern und für die Beziehungen zwischen den Generationen. Dabei gewinnen Ansätze, die familiäre Werte betonen, an Bedeutung.

In den letzten Jahren wurden in der internationalen Interventionsforschung Konzepte entwickelt, die zur Stärkung des Systems Familie beitragen können. Sie fokussieren eine Verbesserung der Kommunikation, Veränderungen in der Organisation und eine Stärkung der Überzeugungssysteme. Das zuletzt Genannte belebt erneut die Diskussion um die familiären Werte in einer kulturell divers und sozial komplex gewordenen Welt. Es gilt, diese Entwicklungen aufzunehmen, Interventionsansätze zu entwickeln und diese mit den Institutionen der Familienbildung und der Jugendhilfe den Familien anzubieten. Hinzu kommen Angebote zur Stärkung der Partnerschaftsqualität, der Eltern-Kind-Beziehung und der Elternschaft. Auf allen diesen Gebieten haben wir nach wie vor Nachholbedarf und es ist die Aufgabe der Politik, dafür Sorge zu tragen, dass solcherart stabilisierende und helfende Angebote unsere Familien erreichen.

14. Modernisierung und Vernetzung der Beratungs- und Hilfeangebote für Familien, Kinder und Jugendliche, Förderung der Kompetenz von Fachkräften in solchen Einrichtungen: Einrichtungen der Jugendhilfe, die Hilfen für Familien, Kinder und Jugendliche anbieten, sind in einem spezifischen historischen Kontext entstanden. Es gilt heute, ihre Aufgabenstellung, ihre fachliche Fundierung und ihre Organisationsform zu hinterfragen. Es ist zu überprü-

fen, inwieweit sie den gewandelten Lebensbedingungen von Familien, aber auch dem stark gewachsenen Wissensstand gerecht werden und ob und in welchem Umfang sie einer Stärkung der fachlichen Kompetenz bedürfen. Eine Modernisierung des Angebotes, eine Stärkung des Fachwissens der dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie eine stärkere Vernetzung stellen dringende Aufgaben dar, damit Familien heute effizient bei der Bewältigung ihrer vielfältigen Aufgaben begleitet und unterstützt werden können.

Zudem sind die Struktur und die Organisation der derzeit verfügbaren Angebote zu überdenken. Viele Institutionen der Familienberatung sind das historische Ergebnis einer Epoche, die ihr eigenes Verständnis von staatlicher Hilfe und Fürsorge entwickelte. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellen wir zunehmend fest, dass diese Institutionen der dringenden Erneuerung und der Neuordnung bedürfen. Es ist z. B. nicht mehr einzusehen, dass Ehe- und Familienberatungsstellen auf der einen und Erziehungsberatungsstellen auf der anderen Seite getrennte Institutionen sind, die vielfach nicht miteinander kommunizieren, obwohl sie Aspekte derselben Familie behandeln und obwohl man seit langem weiß, wie eng beide Bereiche miteinander verflochten sind.

15. Neben einem Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder unter drei Jahren und für Schulkinder ist eine Neubestimmung des Bildungsauftrags von Tageseinrichtungen für Kinder und die Modernisierung von Bildungsplänen zu initiieren: Veränderte Lebens- und Arbeitsbedingungen für Mütter und Väter legen mehr denn je die Bereitstellung kindgerechter und qualitativ hochwertiger Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder unter sechs (insbesondere unter drei) Jahren und für Schulkinder nahe. Es werden daher familienergänzende und -bereichernde Angebote in gro-

ßem Umfang, vor allem für Kinder, deren Eltern erwerbstätig sein wollen oder müssen, notwendig. Zudem stellt die Neubestimmung des Bildungsauftrags für die Tageseinrichtungen für Kinder und für Bildungskonzepte, welche die kindliche Entwicklung stärken, eine bildungs- und familienpolitische Aufgabe erster Ordnung dar. Es erweist sich als erforderlich, länder- und institutionsübergreifende Bildungspläne zu entwickeln, um sicherzustellen, dass bundesweit eine vergleichbare, hohe Bildungsqualität angeboten wird.

Obwohl Deutschland und vor allem die neuen Bundesländer für Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren ein vielfältiges Betreuungsangebot bereitstellen, ist die Betreuung für Kinder unter drei Jahren und für Kinder im Schulalter in den alten Bundesländern alles andere als befriedigend. Die Leidtragenden sind die Kinder. Wir wissen aus der Forschung, dass eine qualitativ hochwertige außersfamiliale Betreuung für Kinder unter drei Jahren mit Vorteilen für die kindliche Entwicklung verbunden sein kann. Ähnliches lässt sich auch für die außerschulische Betreuung von Schulkindern zeigen. Die Folgen fehlender Betreuung im schulischen Alter sind nicht zu unterschätzen, wie vielfältige Arbeiten eindrucksvoll belegen konnten.

16. Modernisierung von Bildungs- und Erziehungskonzepten für Kinder unter sechs Jahren: Erziehung, Bildung und Betreuung bilden die Grundlage des Angebotes für Kinder unter sechs Jahren. In den letzten Jahren ist der Bildungsauftrag von Kindertageseinrichtungen in den Hintergrund getreten. Es gilt, in Übereinstimmung mit europäischen und internationalen Entwicklungen, dem Bildungsbereich wieder die ihm gebührende Aufmerksamkeit zu widmen und seinen Auftrag neu zu bestimmen.

Seit Ende der achtziger Jahre wird international und seit Mitte der neunziger Jahre in Deutschland eine Debatte über

die Angemessenheit bislang praktizierter Bildungskonzepte für Kinder unter sechs Jahren geführt. Generell gewinnt der Bildungsauftrag der Tageseinrichtungen für Kinder in jungem Alter erneut an Bedeutung. In mehreren europäischen Ländern, wie z. B. in Norwegen, Dänemark, Schweden oder England, wurden Bildungspläne entworfen, die Kindertageseinrichtungen in die Lage versetzen sollen, ihre Arbeit mit Kindern jungen Alters zeitgemäß zu gestalten. In Deutschland fehlt es bislang, infolge der föderativen Struktur des Bildungswesens, an einem solchen Bildungsplan.

Dennoch ist es erforderlich, auf Landesebene den Bildungsauftrag des frühpädagogischen Bereichs stärker zu konkretisieren und ein Bildungskonzept zu entwickeln und zu implementieren, das den heutigen Anforderungen entspricht. Diese sind gekennzeichnet durch eine zunehmende kulturelle Diversität und durch eine soziale Komplexität, die aus einer Welt- und Lebensentwicklung mit Brüchen und Diskontinuitäten entsteht. Moderne Bildungspläne müssen den gewandelten Anforderungen der globalen Wirtschaft an den Einzelnen, dem Wandel familialer Strukturen und Beziehungen und nicht zuletzt tief greifend veränderten kontextuellen Rahmenbedingungen Rechnung tragen.

International lassen sich Entwicklungen nachzeichnen, die Erziehung und Bildung der unter sechsjährigen Kinder neu bestimmen. Diese Bildungspläne relativieren den Wissenserwerb im Sinne einer Anhäufung und betonen stärker die lernmethodische Kompetenz des Kindes (Lernen, wie man lernt) und stärken die kindlichen Metakompetenzen. Die bislang als Hauptzielsetzung des Bildungsprozesses betrachtete kindliche Autonomie wird ergänzt durch den Aspekt der sozialen Mitverantwortung. In einer kulturell divers gewordenen Welt, die zudem von hoher sozialer Komplexität ist, gewinnt die Orientierungskompetenz und damit die Wertorientierung an Bedeutung.

Prozessuale Aspekte der pädagogischen Qualität gewinnen hierbei an Bedeutung, diesen Bildungsplänen wird zudem eine Sichtweise zugrunde gelegt, die der des aktiven und kompetenten Kindes entspricht. Lernen wird als sozialer Prozess begriffen, der im Kontext stattfindet. Curriculum-Entwicklung und -Evaluation werden somit als Prozess der Ko-Konstruktion konzeptualisiert werden.

Die von den Bundesländern in den letzten vier Jahren initiierten Bildungspläne stellen zwar einen Schritt in die richtige Richtung dar, es muss jedoch hinterfragt werden, warum es in Deutschland nicht gelingt, eine länderübergreifende Verständigung auf einen elaborierten Bildungsplan zu erreichen, um dessen Implementation dann dem föderalen Wettbewerb zu überlassen. Und es ist die Chance zu nutzen, nicht wie bislang die Bildungsinstitution, sondern die kindliche Lern- und Bildungsbiografie fokussierende, institutionenübergreifende und lernortorientierte Bildungspläne zu entwerfen.

17. Stärkung der Rechte des Kindes: Sowohl auf landes- wie auch auf kommunalpolitischer Ebene soll künftig der Perspektive des Kindes verstärkt Rechnung getragen werden. Kindliche Interessen, Bedürfnisse und Rechte müssen stärker in das Bewusstsein der Gesellschaft und der Eltern treten. Gewaltfreie Erziehung und Respekt vor der Persönlichkeit und der Autonomie des Kindes sollten das politische Handeln leiten.

Nach Verabschiedung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes und infolge internationaler Entwicklungen, die Kindern in den Rechtsordnungen den Status des Subjektes einräumen (vgl. auch die Kindschaftsrechtsreform von 1998 in Deutschland), ist der Rahmen für eine Politik, die die Perspektive von Kindern berücksichtigt, wesentlich erweitert und neu definiert worden. Dennoch bleiben die politischen Konzepte und die konkreten Maß-

nahmen hinter den Erwartungen zurück, wenn es darum geht, kindliche Rechte zu verwirklichen bzw. der kindlichen Perspektive gerecht zu werden. Nach wie vor gilt die Forderung, die unterschiedlichen Bereiche der Politik danach zu hinterfragen, wie ernst sie die Umsetzung der Rechte des Kindes nehmen und wie die konkreten Umsetzungsmöglichkeiten aussehen können.

Dies soll an zwei Beispielen verdeutlicht werden: (a) Die Debatte um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf konzentrierte sich lange auf die Situation von Frauen/Müttern, neuerdings werden auch die Interessen von Männern/Vätern einbezogen. Wie aber die Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen aussieht, kommt in der Diskussion nicht vor. (b) Die Umsetzung von Kinderrechten und die Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten von Kindern in allen Bereichen des Bildungswesens lassen bei uns, im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, noch weit gehend auf sich warten bzw. weisen eine Qualität auf, die nicht befriedigt, wie eine Studie des BMFSFJ vor kurzem belegt hat.

Hier wie auch auf kommunaler Ebene ist der kindlichen Perspektive und den Rechten der Kinder ein zentraler Stellenwert einzuräumen. Diesbezügliche Initiativen bei der Entwicklung politischer Konzepte einzuleiten bzw. zu verstärken, stellt eine weitere Herausforderung familien- und kinderpolitischen Handelns dar.

18. Neue Impulse für die kommunale Familienpolitik: Familienpolitik ist bürgernahe Politik. Sie vollzieht sich wesentlich im unmittelbaren Lebensraum der Familie, d. h. vor Ort in den Gemeinden. Deshalb gilt es, Konzepte einer kommunalen Familienpolitik zu entwickeln. Wir müssen – gemeinsam mit Familien – eine Politik entwerfen, die vor Ort umsetzbar ist. Dabei sind neue Technologien (wie z. B. das Internet) zu nutzen; es gilt, neue Netze zu knüpfen und

neue Allianzen einzugehen. Ziel sollte es sein, eine familienfreundliche Gemeinde zu schaffen und eine für Familien geeignete kommunale Infrastruktur bereitzustellen. Auf diese Weise tragen wir auch zur Sicherung der Gemeinde als Wirtschaftsstandort bei.

Familienförderung ist nach wie vor eine kommunalpolitische Aufgabenstellung. Dennoch liegen kaum elaborierte Konzepte vor, die der Familienpolitik auf kommunaler Ebene neue Impulse geben könnten. Gegenwärtig wird jedoch allmählich das Interesse auf Kreis- und auf kommunaler Ebene manifest und erste Versuche werden unternommen, familienpolitische Initiativen zu implementieren bzw. mit Hilfe von Indikatorenmodellen Topics politischen Handelns und Schwerpunkte für eine Weiterentwicklung des Handlungsmodells zu benennen.

Vergleichbares lässt sich auch auf betrieblicher Ebene beobachten. Die Wirtschaft beginnt, die Bedeutung von Familienkompetenz für betriebliche Zwecke zu erkennen und in der Konsequenz aus einer familienfreundlichen Betriebspolitik konkreten Nutzen zu ziehen. Es gilt, diese Entwicklungen aufzunehmen und Unternehmen zu ermuntern, eine familienfreundliche betriebliche Politik zu etablieren.

19. Risikofamilien helfen: Es gilt, Familien insbesondere zu helfen, die unter Risikobedingungen ihr Leben gestalten müssen. Hier liegt zweifelsfrei ein eminenter familienpolitischer Schwerpunkt vor. Unter dem Etikett „Risikofamilien“ werden Familien zusammengefasst, die sich mit einer signifikant größeren Anzahl von Belastungsfaktoren auseinandersetzen müssen als „Normalfamilien“. Diese Belastungen können biologischer und psychologischer, aber auch sozialer Natur sein. Entscheidend für die Höhe des Entwicklungsrisikos ist vor allem die Anzahl und die Qualität bzw. Intensität belastender Faktoren, daneben spielt auch eine

Rolle, über welche positiven Ressourcen Familien verfügen, um Belastungen erfolgreich zu bewältigen.

20. Der Umgang mit und die Bewertung von Differenzen: Die Qualität des politischen Ansatzes kann vor allem daran gemessen werden, wie dieser mit den Randgruppen in der Gesellschaft umgeht. Mit Skepsis müssen Angebote behandelt werden, die Diversität im System negieren und zu beseitigen versuchen. Ein zeitgemäßes politisches Konzept begrüßt Diversität, sieht darin erweiterte Lern- und Erfahrungschancen, die genutzt werden, um individuellen und kollektiven Gewinn zu erzielen. Die Bewertung solcher Differenzen auf der Grundlage gegenseitigen Respekts und gegenseitiger Wertschätzung bietet eine andere Qualitätsgrundlage gegenüber bisherigen Ansätzen betreffend die Integration von Familien und Kindern mit Migrationserfahrung.

Schließlich gilt es, uns darüber zu verständigen, dass Familie von heute sowohl eine Privatangelegenheit als auch ein „Common Good“ ist. Hier bedarf es einer Positionierung, die die öffentliche Wertschätzung der Familie und der von ihr für die Gesellschaft erbrachten „Leistungen“ annahmt und Anregungen vermittelt, wie es erreicht werden kann, eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft zu entwickeln. Dabei sind die parteipolitisch motivierten und einseitig, sogar alternativ formulierten Positionen, etwa Investitionen nur in die Familie bzw. nur in den Ausbau einer Infrastruktur zu tätigen, zu überwinden und an ihrer Stelle ein holistischer Ansatz zu entwickeln, der die Familien in den Mittelpunkt stellt und alle Politikbereiche verpflichtet, ihre politischen Ansätze, Programme und Gesetzesinitiativen bezüglich der Konsequenzen für Kinder und Familien zu hinterfragen, bevor sie sie auf den Weg bringen. Ein Land, dem es gelingt, eine solche familiensensible Politik zu implementieren, kann seiner Zukunft mit Zuversicht entgegensehen.

Anmerkungen

¹ Tyrell, H. (1988): Ehe und Familie – Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung. In: K. Lüscher, F. Schultheis u. M. Wehrspaun (Hrsg.), Die „postmoderne“ Familie. Familiäre Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit (S. 145–156). Konstanz: Universitätsverlag Konstanz.

Dorbritz, J. (1999): Stirbt die Familie? Gründe und Folgen der Schwächung einer Institution, FAZ, 21.12.1999.

² Schneewind, K. (1999): Familienpsychologie. 2. Aufl. Stuttgart: Kohlhammer.

³ Engstler, H. (1998): Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Brühl: Chudeck Druck Service.

⁴ Schneider, N.F., Tölke, A., u. Nauck, B. (1995): Familie im gesellschaftlichen Umbruch. Nachholende oder divergierende Modernisierung? In: B. Nauck, N.F. Schneider u. a. Tölke (Hrsg.), Familie und Lebensverlauf im gesellschaftlichen Umbruch (S. 1–25).

⁵ Amato, P.R., u. Booth, A. (1997): A generation at risk. Growing up in an era of family upheaval. Cambridge (Massachusetts).

⁶ In: Booth, A., u. Crouter, A. C. (1999): Men in Families. When do they get involved, what difference does it make? Pennsylvania State University Family Issues Symposia.

⁷ Fthenakis, W. E., u. Minsel, B. (2002): Die Rolle des Vaters in der Familie. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

⁸ Fthenakis, W. E., Kalicki, B., u. Peitz, G. (2002): Paare werden Eltern. Die Ergebnisse der LBS-Familienstudie. Opladen: Leske & Budrich.

⁹ Schneewind, K., u. Ruppert, S. (1995): Familien gestern und heute: ein Generationenvergleich über 16 Jahre. Berlin: Quintessenz.

¹⁰ Harris, J. (1998): The nurture assumption. Why children turn out to the way they do. Boston.

¹¹ Vgl. die deutsche Ausgabe: Wenn Partner Eltern werden. München: Piper.

¹² Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Januar 2005): Daten – Fakten – Trends. Strukturdaten der ausländischen Bevölkerung. Berlin.